

Jürgen P. Rinderspacher

»Beeilt euch!«

Zeitprobleme im sozial-ökologischen
Transformationsprozess



Inhaltsverzeichnis

| | | |
|---|---|-----|
| 1 | Einleitung | 9 |
| 2 | Fünf vor zwölf und andere Narrative | 16 |
| 3 | Zukunft und Gegenwart: Zwischen Weitblick und Kurzsichtigkeit | 30 |
| 4 | Zwischen den Generationen | 42 |
| | 4.1 Konstrukt Generation | 42 |
| | 4.2 Wege und Irrwege | 47 |
| | 4.3 Schuld und Schulden | 52 |
| | 4.4 Auf den Schultern von Riesen | 56 |
| | 4.5 Generation Greta? | 62 |
| | 4.6 Verteilungskonflikte – hautnah | 68 |
| | 4.7 Beschleuniger*innen | 74 |
| 5 | Push & Pull und Win-win | 77 |
| 6 | Fluch des Erfolges: Über zeitliche Rebound-Effekte | 83 |
| | 6.1 Was ist ein Rebound-Effekt? | 84 |
| | 6.2 Was ist ein zeitlicher Rebound-Effekt? | 90 |
| | 6.3 Zeit-Rebounds und Umwelt-Rebounds | 106 |
| 7 | Destruktive Geschwindigkeit: Von Jägern und Gejagten | 122 |

| | | |
|------|---|-----|
| 8 | Hase und Igel: Die Langsamkeit der Demokratie als Bremse nachhaltiger Politik? | 130 |
| 8.1 | Natur versus Politik? | 130 |
| 8.2 | Legislaturperioden verlängern | 139 |
| 9 | Optimierte Geschwindigkeit: Wie schnell dürfen wir, wie schnell wollen wir sein? | 145 |
| 10 | Zeitinvestitionen für die Umwelt | 150 |
| 11 | Das persönliche Umweltkonto | 161 |
| 11.1 | Gleichheit vor der Umwelt | 161 |
| 11.2 | Und so funktioniert's | 164 |
| 11.3 | Umweltbewusste Zeitverwendung | 170 |
| 11.4 | Totalitäres und Freiheitliches | 171 |
| 12 | Der Wert der Freiheit – fünf vor zwölf | 175 |
| 12.1 | System am Limit? | 175 |
| 12.2 | Klimanotstand | 183 |
| 12.3 | Nachhaltigkeit und Zeitgerechtigkeit | 187 |
| 13 | Zwischen Gegenwarts- und Zukunftspräferenz | 198 |
| 13.1 | Sabbat und Sonntag: Gewinnen durch Unterlassen | 198 |
| 13.2 | Schon fünf nach zwölf? | 200 |
| | Literatur | 207 |

3 Zukunft und Gegenwart: Zwischen Weitblick und Kurzsichtigkeit

In der Definition von Nachhaltigkeit, wie sie spätestens seit dem Brundtland-Bericht (1987) Verbreitung gefunden hat, ist ein Zukunftsbezug allein durch das Postulat der intergenerationellen Gerechtigkeit enthalten. Das Verhältnis der Zeitmodi Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft zueinander ist schon allein hierdurch konstitutiv für den Nachhaltigkeitsbegriff. Im Zusammenhang einer Politik der Nachhaltigkeit haben daher immer auch der zeitliche Standpunkt und die von dort aus gewählte Perspektive in Bezug auf Gegenwart, Vergangenheit und/oder Zukunft Bedeutung, das heißt eine wie auch immer zustande gekommene »adäquate« Zeitreferenz des – nicht nur politischen – Handelns. So kann die alltägliche Gegenwart vorrangig von den Zukunftsperspektiven der Gesellschaft oder des Individuums bestimmt sein – etwa von Prognosen oder gar Utopien, aber auch von individuellen Erwartungen der Menschen (Holst et al. 1994; Radkau 2017; Beckert 2018). Umgekehrt kann es sein, dass eine vorrangige Orientierung an der Gegenwart das Handeln und Denken bestimmt, etwa wenn eine Person »ganz im Jetzt« lebt und in ihrer Rolle als Verbraucher nicht über mögliche Auswirkungen ihrer Bedürfnisse heute für den Zustand der Umwelt morgen nachdenkt.

Das jeweils richtige, das heißt dem Kriterium der Nachhaltigkeit entsprechende Verhältnis zwischen Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft zu wählen bzw. den je angemessenen Zeitmodus zu finden, den man generell oder fallweise als Ausgangs- und Referenzpunkt seines Denkens und Handelns wählt, ist komplizierter, als es auf den ersten Blick erscheinen mag. So behauptet der Philosoph Hans Jonas (1984) in seinem 1979 erschienenen »Prinzip Verantwortung«, in dem er eine frühe philosophische Grundlegung einer Umwelt- und Nachhaltigkeits-

politik entfaltet, dass, anders als man angesichts der Rede von der Verantwortung für künftige Generationen vermuten könnte, ein rigoroser Bezug politischen Handelns auf die Zukunft die Gegenwart in nicht zu verantwortender Weise abwerten könne und daher kritisch zu bewerten sei. Verbunden mit der Frage, von welchem zeitmodalen Standpunkt aus man eine umweltverträgliche Politik (wie gesagt, in Bezug auf die drei Zeitmodi Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft) betreiben sollte, beschreibt er die Dilemmata, die eine hegemoniale Orientierung (hierzu Anderson 2018) der Politik an Zielen in der Zukunft in der neueren Geschichte stets gehabt hätten. Noch geprägt von der bedrohlichen Konkurrenz der Systeme im Kalten Krieg und kritisch Bezug nehmend auf das »Prinzip Hoffnung« von Ernst Bloch, erteilt er jeder Utopie, darunter insbesondere denjenigen, die in der sozialistischen Tradition stehen, eine Absage. Denn, so habe die Erfahrung gezeigt, damit würden allzu oft das Wohl und häufig sogar Leib und Leben ganzer Generationen in der Gegenwart einer Idee geopfert, die in einer erst zukünftigen Gegenwart liege und daher aus systematischen Gründen nie das einlösen könne, was sie versprochen habe. Mehr noch sei jedes utopische Denken vom Grundansatz her falsch. Aus der Argumentation Jonas' ergibt sich folgerichtig *zunächst* eine starke Option für die *Gegenwart als Referenzsystem* des politischen Handelns im Allgemeinen und der Umweltpolitik im Besonderen. Diese Option erhält dann, vermittelt über das »Prinzip Verantwortung«, aber letztlich doch eine futurische Wendung, wie noch zu zeigen ist.

Tatsächlich wird in den ganz auf Zukunft hin orientierten westlichen »Zukunfts-Gesellschaften«, die von Begriffen wie Investition und Wachstum oder dem Blick auf die ständige Steigerung des (künftigen) Konsumniveaus geprägt sind, die Bedeutung, die die Gegenwart trotz allem auch für hochmoderne Gesellschaften aufweist, gern unterschätzt. Das gilt nicht zuletzt auch für die Theorie: In den Wirtschaftswissenschaften gilt paradoxerweise der Bezug auf die Gegenwart als eine Art Primärreferenz ökonomisch-rationalen Handelns, von dem der Blick in die Zukunft

ausgeht. Das Konstrukt einer »Gegenwartspräferenz« unterstellt, dass der Mensch einen Genuss, den er heute haben kann, höher bewertet als einen, der ihm in der Zukunft in Aussicht gestellt wird. Und gegenüber einem Mehr des gleichen Gutes in der Zukunft präferiert er im Allgemeinen eine geringere Menge davon, wenn er über dieses Gut sofort verfügen kann. Populär geworden ist dieses Verhaltensmuster, wenn auch mit einer etwas anderen Zielrichtung, durch den Marshmallow-Test (Mischel 2016). Dort zeigte sich, dass für den höheren Sozialerfolg im Gegenteil gerade die Fähigkeit zum Aufschub von Bedürfnissen wirksam ist. Diese zeitliche Kurzsichtigkeit in Gestalt der Minderbewertung des Zukünftigen gegenüber dem Heutigen wird als angeboren im Sinne einer anthropologischen Konstante verstanden und in der Wirtschaftstheorie, so bei Böhm-Bawerk, im Zusammenhang mit der Erklärung des Zinses als »Myopie« bezeichnet (vgl. bei Hampicke S. 137 ff.). Den Preis, den ein Wirtschaftssubjekt für die so geartete Minderbewertung der Zukunft gegebenenfalls zu entrichten hat, bezeichnet man als »Diskontierung«.

Einen noch weitergehenden Erklärungsansatz für eine sich ausbreitende Logik der Gegenwartspräferenz bietet Gronemeyer (2013). In ihrem Buch »Das Leben als letzte Gelegenheit« führt sie den Wandel der Zeitperspektive in Bezug auf das eigene Leben hin zu einem verstärkten Gegenwartsbezug unter anderem auf den Verlust einer Jenseitserwartung eines Großteils der Menschen in den hoch entwickelten, säkularisierten Ländern des Westens zurück. Die Langzeitperspektive der Menschen beschränkt sich demgemäß auf einen in diesem Sinne zeitlich und sozial stark begrenzten, den biografischen Erwartungshorizont. Hieraus erklärt Gronemeyer die Neigung des modernen Menschen zur infiniten Optimierung des Lebens im Hier und Jetzt, da ein anders geartetes Heil nicht zu erwarten sei. Knell (2015) sieht u. a. hierin eine Ursache für die intensivierten Versuche der biologischen Forschung, das menschliche Leben zu verlängern.

Der Gegenwartsbezug hat aber auch in soziologischen Theorien seinen Ort, so insbesondere bei Alfred Schütz (hierzu Ei-

chelhardt 2018). Dieser konzipiert die Gegenwart als zentralen zeitlichen Referenzpunkt, gewissermaßen als zeitlichen Ausgangspunkt menschlichen Lebens: Ausgehend von der Gegenwart, produziert das Spannungsverhältnis von Gegenwart und Zukunft erst den Sinn, der den Menschen zu einem höheren Wesen heranreifen lässt (vgl. bei Portschy 2015, S. 95/96). So kann es, wenn man Schütz folgt, ohne den bewussten Gegenwartsbezug als Ausgangspunkt keine Zukunftsaspirationen geben. Ähnlich etwa auch Gumbrecht (2010), der von Zukunft als erweiterter Gegenwart spricht. Insofern steht Jonas mit seiner Betonung der Gegenwart als dem entscheidenden, wenn bei ihm auch nicht unbedingt natürlichen Referenzsystem menschlichen Handelns nicht allein.

Wenn nun Jonas (1984) die Kritik an der Utopie nicht nur für die Sozialutopien des 19. Jahrhunderts und die daraus folgenden welthistorischen Entwicklungen in Anschlag bringt, sondern auch für das bei Erscheinen seines Buches noch relativ neue, epochale Problem der Umweltzerstörung durch menschliches Handeln, kehrt sich das Basisproblem allerdings um: Denn nun strukturiert nicht, wie in der Utopie bzw. in den real existierenden sozialistischen Gesellschaften, eine Idee für eine zukünftige Gesellschaft die Lebenschancen der Menschen in der Gegenwart. Vielmehr blockiert hier umgekehrt das zukunftsvergessene, vorrangig auf die Gegenwart bezogene Handeln der hochindustrialisierten Länder – der Politiker ebenso wie der Individuen als Konsumenten oder Verkehrsteilnehmer – ein menschenwürdiges Dasein in der Zukunft: Die Folgen (und Nebenfolgen) für die Umwelt, die heute produziert werden, sind ganz überwiegend in der Zukunft nicht mehr rückgängig zu machen. Jonas propagiert daher vor allem unter dem Eindruck der Gefahren der Kernenergie eine »Heuristik der Furcht«: keine Technologie zuzulassen, die als solche und bezüglich ihrer Folgen nicht reversibel ist. In neueren politischen Ansätzen resultieren die Gefahren gegenwärtigen Verhaltens der Menschen für die Zukunft demgegenüber eher aus den un-

reflektierten Ansprüchen der Individuen an ein gutes und immer besseres Leben im Hier und Jetzt (Di Giulio 2019).

Die eingangs erwähnte Gutachterkommission fordert in einer Studie von 2016 (WGBU 2016) mit dem Fokus auf die künftige Entwicklung des urbanen Lebens auf der Erde, dass nachhaltige Politik bedeute, die Sichtweise, vermittelt über den »Blick auf eine erstrebenswerte Zukunft, zurück auf die Gegenwart« zu richten, um irreversible Pfadabhängigkeiten zu vermeiden. Opitz/Tellmann stellen in ihrer Untersuchung über die Auswirkungen von Zukunftsbildern auf die gesellschaftlichen Teilsysteme Wirtschaft und Recht fest: »Our temporal frames of the future have shifted towards an »emergency imaginary«. It depicts the future in terms of sudden, unpredictable and short-term phenomena.« (2015, S. 107) Sie kommen zu dem Ergebnis, dass das System Wirtschaft voraussichtlich in der Lage sein werde, auf katastrophale Ereignisse mit der Herausbildung neuer ökonomischer Institutionen zu antworten, die dann weitertragende Perspektiven für die Gestaltung der Zukunft eröffnen würden – ganz anders als das eher retrospektiv ausgerichtete System Recht, das mit solchen Anforderungen aufgrund seiner Beschaffenheit mit solchen Anforderungen weithin überfordert sei. Ebenfalls beschreibt der Modernisierungstheoretiker Zygmunt Bauman (2017) in einem seiner letzten Werke, »Retrotopia«, eine Tendenz zu zukunfts-kritischen Perspektiven hin zu an der Vergangenheit orientierten Fernorientierungskonstrukten (hierzu auch Becker et al. 1997). Der Verlust von Zukunftsperspektiven geht in einer in ihrem Wesen ganz auf die Zukunft ausgerichteten kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Gesellschaft an die Wurzel ihrer Existenz, wenn auch in unterschiedlichen Teilsystemen in recht unterschiedlichem Ausmaß. Wo einer modernen Gesellschaft die meliorativen Erwartungen an die Zukunft abhanden kommen, ist diese als solche in ihrer Existenz gefährdet. Das meint nicht nur die Fähigkeit zur Prognostik im Sinne bestimmter inhaltlicher Aussagen darüber, was die gleichsam als Naturkonstante gedachte Zukunft, die als

ein Entgegenkommendes auf einer Zeitachse imaginiert wird, »künftig bringen« werde (Beckert 2018).

Mehr noch ist hier die Zukunft als solche, als gesellschaftliches hegemoniales Orientierungssystem tangiert: Ohne die vorauslaufende Existenz verzeitlichter Utopien, die das Bessere jenseits vom Heute erwarten, wäre Zukunft in dieser Funktion nicht vorstellbar (Rinderspacher 1994; Nassehi 1996). Einfacher ausgedrückt, gäbe es Zukunft als (Zeit-)Konstrukt der Moderne nicht ohne die Fähigkeit des Menschen zum antizipativen gedanklichen Konstruieren *besserer* Welten (vgl. Voßkamp 1985). So zu argumentieren setzt allerdings unausgesprochen voraus, so wie die soziale Zeit generell (Elias 1984) auch den Zeitmodus Zukunft (neben Vergangenheit und Gegenwart) als ein soziales Konstrukt zu verstehen, das heißt als eine Hervorbringung des Menschen (Adam/Groves 2007; Becker et al. 1997). So kann man zeigen, dass »Zukunft« als Orientierungs- und Referenzsystem in enger Verbindung mit der allgemeinen Durchsetzung des Fortschrittsgedankens im Zeitalter der Aufklärung emphatisch erst *entsteht*, sich als Referenzsystem menschlichen Handelns erst sukzessive herausbildet (Hölscher 2016; Koselleck 1985; Rinderspacher 1994). Damit sind Utopien oder meliorative Konstrukte konstitutiv sowohl für die Entstehung wie höchstwahrscheinlich auch für die Fortexistenz der Zeitinstitution Zukunft: Ohne positive Erwartungen an die Zukunft scheint zumindest deren Relevanz als Leitstrahl und Legitimationsinstanz der Organisation des wirtschaftlichen, politischen und sozialen Lebens hoch entwickelter Gesellschaften zu schwinden. Zukunft als Erwartungs- und imaginärer Gestaltungshorizont individuellen und kollektiven Handelns ist also kein Datum im Sinne einer unumstößlichen Ontologie, sondern steht mit der Kontingenz möglicher gesellschaftlicher Entwicklungsrichtungen immer als solche auf dem Spiel (Rinderspacher 1994; Adam/Groves 2007). Ob man dies beklagen oder im Gegenteil als Teil der Lösung betrachten soll, ist hingegen eine andere Frage.

Anders als Jonas in seinem Frontalangriff auf die Utopie kritisiert, haben ebendiese Utopien, vor allem die Sozialutopien als Vorläufer des Sozialstaats, das gute Leben für breite Schichten überhaupt erst denkbar und anschließend in Verbindung mit sozialen Bewegungen, die sich darauf bezogen haben, praktisch möglich gemacht. Damit haben sie aber auch, als Kehrseite eines solchen konsumistischen, fordistischen und ressourcenfordern- den Fortschrittsverständnisses – auch wenn ihnen dies aus heutiger Sicht nicht vorzuwerfen ist –, die Gefährdung des Planeten, die wir heute beklagen, wesentlich mit vorangetrieben.

Wenn Zukunft tatsächlich kein quasi natürliches Referenzsystem menschlichen Handelns und Denkens ist – dies plausibel zu machen war Sinn dieses kurzen zeitphilosophischen Exkurses –, bedeutet dies aber auch: Individuen und Kollektive müssen ihren Blick, ihr Denken und Handeln nicht gleichsam von Natur aus und damit zwangsläufig nach vorn richten. Dieser Blick ist vielmehr das Ergebnis von Sozialisationsprozessen in denjenigen Gesellschaften, in denen dieser Blick für jedes Individuum die Voraussetzung für soziale Teilhabe und Partizipation am materiellen Wohlstand ist. Zukunftsgerichtetheit ist dann lediglich eine von mehreren Optionen zeitlicher Fernorientierung. Dies bestätigt etwa auch die Sozialpsychologie (Zaleski 1994): Bloßer Gegenwartsbezug oder gar Vergangenheitsorientierung ist jederzeit möglich – nicht nur für Individuen, sondern auch für größere Kollektive oder für die Gesellschaft als Ganze (vgl. Bauman 2017). Bezeichnenderweise gelten sie in einer hegemonial auf die Zukunft ausgerichteten Gesellschaft – sieht man einmal von therapeutischen Situationen ab – als eine Form sozialer Regression. Das zeigte unter anderem die oft zitierte Studie über die Veränderungen des Zeitbewusstseins der Arbeitslosen von Mariental (vgl. z. B. Jahoda et al. 1975). Ebenso aber auch die Existenz von Teilen einer Generation in Deutschland, die mit Blick auf eine aus ihrer Sicht nicht mehr lebenswerte Zukunft dereinst ernsthaft darüber diskutierte, keine Ausbildung mehr anzustreben oder gar die Nachkommenschaft zu verweigern (Frackmann et al. 1981).

Was den konkreten nachhaltigkeitspolitischen Bezug dieser hier skizzierten theoretischen Zukunftsthematik angeht, sind widersprüchliche Tendenzen bzgl. der zeitlichen Fernorientierung der Menschen in hoch entwickelten Gesellschaften erkennbar: *Auf der einen Seite* sind deren Mitglieder im Zuge des Wertewandels (Dietz et al. 2013) und einer damit verbundenen hedonistischen Grundorientierung seit Ende der 1980er-Jahre zur Maximierung der eigenen Lebenschancen aufgerufen und damit zum sorgsameren Umgang mit ihrer emphatisch als eigene, unwiederbringliche Ressource verstandenen Lebenszeit – was zu meist interpretiert wird als »die *Gegenwart* zu leben«, *carpe diem* (Geißler 2008). Auch die in dieser Epoche populär gewordene Glücksphilosophie weist in diese Richtung (Schmid 2013).

Auf der anderen Seite werden die Menschen ermahnt, an ihre eigene Zukunft und die ihrer Kinder zu denken, vorzusorgen und sich langfristig zu orientieren. Dies ist zunächst kein Widerspruch zu der eben beschriebenen starken Gegenwartspräferenz, als ja die Mittel für ein gutes Leben in der Gegenwart in einer Leistungsgesellschaft (Distelhorst 2014) in der Regel erst über den Umweg über eine mehr oder weniger starke Zukunftsorientierung erarbeitet werden müssen (Schule, Ausbildung; Karriere etc.). Problematisch wird dies erst, wenn zugleich mit der Anforderung zu stärkerer Zukunftsorientierung und zur Investition in die eigene Person (»der Arbeitskraftunternehmer«, hierzu Pongratz/Voss 2003) zumindest für bestimmte Teilgruppen der Gesellschaft schlechte Chancen bestehen, die öffentlich geforderte Zukunftsorientierung auch in der eigenen Lebenspraxis mit Erfolg umzusetzen zu können. Kritisch dabei ist vor allem, dass ein erheblicher Teil der sozialen und ökonomischen Institutionen, die durch ihre Stabilität und Verlässlichkeit über lange Perioden gleichsam als zeitliche Geländer den Weg des Individuums in eine ungewisse Zukunft begleitet hatten, erheblich an Vertrauen eingebüßt haben: angefangen von einem Sparkonto, das keine kalkulierbaren Erträge mehr abwirft, über einen Wohnungsmarkt, der eine Wohnungssuche zu fairen Bedingungen oft

nicht mehr zulässt, bis hin zu der verlorenen Erwartung einer auskömmlichen Altersvorsorge. Hinzu kommt das sinkende Vertrauen in ehemals vertrauenswürdige Organisationen, von der katholischen Kirche über die politischen Parteien bis hin zu den großen Autokonzernen. Die allgemeine Weltlage, die tief greifenden Umstrukturierungen der Machtblöcke, der Austritt des Vereinigten Königreiches aus der EU und selbstverständlich die Warnungen vor einer mehr oder weniger kurz bevorstehenden Klimakatastrophe kommen hinzu.

Entsprechend haben einer neueren Befragung der Stiftung für Zukunftsfragen zufolge (2017) die meisten Bundesbürger den Eindruck, »in unsicheren Zeiten zu leben«. Und nur ein Viertel glaubt, dass der Klimawandel in Zukunft durch den technischen Fortschritt gestoppt werden könne; gleichzeitig ist die Angst vor konkreten Alltagsbelastungen wie einer »Verdoppelung der Warmmieten durch hohe Energiepreise« verbreitet. Dennoch schätzt eine Mehrheit ihre persönliche Lage als besser ein als die gesellschaftliche bzw. die globale Gesamtsituation. Wenn nun jedoch ungeachtet dieser Verunsicherungen die Menschen im gleichen Atemzug von Politik, Medien, Verbänden und den Ergebnissen der Wissenschaften dazu aufgerufen sind, in die eigene und die gesellschaftliche Zukunft zu investieren, sei es mit monetären Mitteln oder mit dem Einsatz ihrer persönlichen Lebenszeit – darunter auch in Gestalt von Veränderungen ihrer Lebensweise (Morgenland 2019) –, entsteht eine kognitive Dissonanz, die das Spektrum umweltpolitischer Optionen erheblich einschränkt.

Dabei kann sich eine starke Gegenwartspräferenz, rational betrachtet, aus zwei gegensätzlichen Quellen speisen: einer hedonistisch motivierten Gegenwartspräferenz mit starker Konsumorientierung, wie oben dargestellt, auf der einen Seite oder einer pessimistisch motivierten Gegenwartspräferenz auf der anderen – in der Realität möglich ist auch anteilig eine Mischung aus beiden. Dabei ist die pessimistisch motivierte Gegenwartspräferenz mehr oder weniger stark von einer Krisenangst oder gar Welt-

untergangsstimmung getrieben, beispielsweise weil die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens (Europäische Union 2015) ja doch nicht mehr zu erreichen seien oder ein vorhandenes eigenes Kapital mit der nächsten Bankenkrise ja ohnehin entwertet würde. Dem Individuum kann es vor diesem Hintergrund vernünftig erscheinen, die guten gegenwärtigen Zeiten noch so lange zu genießen, wie sie da sind, und infolgedessen verfügbare Ressourcen bewusst für gegenwärtige Genüsse zu mobilisieren; das reicht von einer Reise in ein noch nicht vom Klimawandel zerstörtes Ferienparadies bis hin zur Auflösung einer ertraglosen Lebensversicherung zum Kauf eines Neuwagens.

Daraus folgt allerdings (bzw. setzt dies voraus) eine starke Diskontierung des Zukünftigen, das heißt eine durch die geringeren Erwartungen an die Zukunft bewirkte Abwertung derselben bzw. von Dingen, die das Individuum nicht hier und heute zur Verbesserung seiner gegenwärtigen Lebenssituation einsetzen kann. Hierzu kann eine tatsächliche oder auch nur diskursiv angeheizte Unsicherheit gegenüber kommenden Entwicklungen, darunter die Fünf-vor-zwölf-Metapher, beitragen, allerdings in ihrer pessimistischen und damit zum Unterlassen von umweltgerechtem Verhalten statt zum Tun auffordernden Auslegung (Birnbacher 1995). Ähnliche Reaktionen sind ja etwa im Umgang mit Wertpapieren zu beobachten, von denen man sich in kritischen Situationen trennt, um ihren Gegenwert wenn nicht anderweitig anlegen, so doch wenigstens als Konsum in der Gegenwart realisieren zu können.

In dem Maße, wie die klassischen Instrumente einer erfolgreichen Gestaltung der Zukunft nach den bislang geltenden Maßstäben einer aufstrebenden Wohlstandsgesellschaft brüchig geworden bzw. für große Teile der Bevölkerung nicht mehr erreichbar sind, wird eine Zukunftsperspektive, die – ökologisch begründet – besagt, dass ohne massive Verhaltensänderungen und damit ohne Wohlstandsverluste, zumindest in den Augen der überwiegenden Mehrheit der Betroffenen, in der Gegenwart eine Abwendung der Katastrophe nicht möglich erscheint, eher

als eine zusätzliche, eben ökologische Bedrohung empfunden: als die Androhung, hier und heute und in der Endlichkeit der eigenen Existenz kein gutes Leben mehr führen zu können, weil nun zusätzlich die Pflicht besteht, durch eigene Verzichte im Heute die Welt von morgen vor den schlimmsten Auswirkungen der Fehlentscheidungen vorangegangener Generationen zu bewahren. Mit Jonas (1984) gesprochen: um unser Dasein durch ein bestimmtes Niveau des Soseins der Welt überhaupt noch rechtfertigen zu können. Das wiederum könnte dem ohnehin vorhandenen Hang zu der pessimistischen Variante und entsprechenden Verhaltensmustern weiteren Auftrieb verleihen.

In der Konsequenz müssen in einer hedonistisch gestimmten Gesellschaft daher Konzepte, die Verhaltensänderungen unterstützen wollen, beiden Motiven der Gegenwartspräferenz, das heißt sowohl der hedonistisch als auch der pessimistisch-panisch begründeten, Rechnung tragen. Im Klartext bedeutet dies, Verhaltensänderungen, die ja auf die Verbesserung der Verhältnisse in der Zukunft gerichtet sind, in die gegenwärtige Lebenssituation der Menschen hineinzuholen und dabei die höchstwahrscheinlich auftretenden Verhaltenszumutungen nicht als Einschränkungen, sondern als Gewinne für die eigene Lebensqualität erscheinen zu lassen, bezogen auf die eigene Gegenwart (vgl. hierzu auch Lamping 2015). Inwieweit eine solche Strategie Akzeptanz findet, wäre empirisch zu klären.

Und eine weitere Veränderung der gesellschaftlichen Voraussetzungen für das Zustandekommen von Zeitpräferenzen muss erwähnt werden: Im Zuge der realen Individualisierung der Gesellschaft und des Wertewandels (hierzu Dietz et al. 2013) hat sich auch das Zeitbewusstsein dieser gewandelten Individuen von eher kollektiven Zeitbezügen hin zu einem ganz auf die eigene Zeit der Person und deren optimale Nutzung bezogenen Bewusstsein gewandelt. Folge dieses stärkeren Ich-Bezugs generell ist unter anderem eine im Vergleich zu vorangegangenen Generationen stärkere Gegenwartspräferenz, die sich vorrangig an die Zeit der eigenen Person richtet, nicht mehr an die eines primären

Kollektivs wie der Familie. Dazu trägt bei, dass die moderne Familie, wie unter anderem die Scheidungsstatistiken zeigen, was ihren Bestand betrifft, hochgradig temporalisiert und zeitlich kontingent ist.

Für die Beantwortung der Frage nach der adäquaten Zeitreferenz nachhaltiger Politik in Bezug auf die Zeitmodi Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft kommt mit anderen Worten erschwerend hinzu, dass wie in vielen anderen Hinsichten nun auch die *kollektive Verbindlichkeit der Blickrichtung* des Handelns und Denkens brüchig wird. So waren, wie gesagt, das Narrativ des Fortschritts (Salvadori 2008) und damit der Blick nach vorn über lange Perioden das hegemoniale (Anderson 2018) Bindeglied des aufbrechenden Industrialismus, das die Fernorientierung der Gesellschaft über alle Klassengrenzen hinweg vorgab – und damit die Blickrichtung sowohl des Individuums als auch die der politisch relevanten Organisationen bestimmte. Damit schienen dann allerdings – zumindest in den frühen Phasen – auch alle Folgen und Nebenfolgen gerechtfertigt, die »der Fortschritt« in Gestalt der Industrialisierung einschließlich der Ausplünderung der natürlichen Ressourcen mit sich brachte.

In der gegenwärtigen Gesellschaft der Singularitäten (Reckwitz 2017) ist wie vieles andere auch die Geltung dieses inkludierenden Narrativs des Fortschritts einschließlich der damit verbundenen hegemonialen zeitlichen Fernorientierung wenn nicht völlig erodiert, so doch in sich selbst höchst widersprüchlich und variiert in der Perzeption unterschiedlicher sozialer Gruppierungen: Die Erwartung, der zufolge das Gute in der Zukunft liege, wird vor allem noch von Parteien, Industriekonzernen, Gewerkschaften und Verbänden, oft nur noch opportunistisch und fallweise nach Bedarf mobilisiert und entsprechend der jeweiligen Interessenlage an die eigene Klientel adressiert, während die Skepsis gegenüber dem Zukünftigen bei den Individuen eher zu wachsen scheint.

4 Zwischen den Generationen

4.1 Konstrukt Generation

Das Verhältnis der Generationen zueinander ist immer ambivalent gewesen und unterliegt einem stetigen Wandel; Konflikte zwischen Generationen scheinen eine anthropologische Konstante zu sein (Gutsfeld/Schmitz 2009). Sagner (2009) berichtet von einem Volk im brasilianischen Dschungel, das regelmäßige Rituale zur Austragung von Konflikten zwischen den Generationen veranstaltet, die in gegenseitigen Beschimpfungen münden, aber rituell kanalisiert sind. Sprichwörtlich sind auch die Klagen über die Untugenden der Jugend in der griechischen und römischen Antike.

Wie andererseits das Verhältnis der Generationen zueinander aber auch dem gesellschaftlichen Wandel unterliegt, zeigen die Veränderungen der Konflikt- und Konsensstrukturen zwischen Eltern und Kindern in den vorangegangenen Dekaden in Deutschland. Davon berichten etwa die regelmäßig erhobenen Shell-Jugendstudien. In der 17. Studie von 2015 geben 90 Prozent der Jugendlichen an, ein gutes Verhältnis zu ihren Eltern zu haben, und fast drei Viertel würden ihre eigenen Kinder so erziehen, wie sie selbst erzogen worden sind (Albert et al. 2015). Dementsprechend verlassen Jugendliche ihr Elternhaus sehr viel später als ihre Väter und Großväter und aus ganz anderen Gründen (hierzu auch Bartholomäus 2019; Hoffmann/Pokorny 2014, S. 3–8). Indem im Zuge des Wertewandels bereits Kinder als eigenständige, ernst zu nehmende Subjekte aufgewertet worden sind, so wie es bereits in den 1920er-Jahren durch die Reformpädagogik propagiert wurde, ist zumindest in den westeuropäischen Ländern das Verhältnis der Eltern- zur Kindergeneration seit dem letzten Drittel des vergangenen Jahrhunderts einer Neubestimmung von epochalem Ausmaß unterzogen worden. Gerade

die Nichtthematisierung des Generationenverhältnisses von beiden Seiten bzw. das Bemühen, Altersunterschiede nicht zu stark zu betonen, weil ein relativ konfliktfreies Miteinander angestrebt wird, deutet einmal mehr darauf hin, dass Konflikte zwischen den Generationen weniger eine Art anthropologische Konstante sind, als vielmehr Ausdruck fehlentwickelter sozialer Beziehungen im Sinne der Verweigerung von Reziprozitätsansprüchen in Bezug auf gegenseitige Anerkennung (Honneth 2010).

Dieser epochale Wandel eröffnet neue Chancen, die Meinungen kommender Generationen, soweit sie sich bereits artikulieren können, ernster zu nehmen. Die Fridays-for-Future-Bewegung, auf die unten näher eingegangen wird, könnte hierfür ein Beispiel sein. Er birgt allerdings auch die Gefahr in sich, dass Interessengegensätze oder einfach unterschiedliche Meinungen in dem Bemühen der älteren Generation, Konflikte zu vermeiden und fortschrittlich zu erscheinen, nicht adäquat ausgetragen werden.

Dass jede Politik der Nachhaltigkeit untrennbar mit dem Blick auf kommende Generationen verbunden ist, erschließt sich allein schon aus dem Politikbegriff, der notwendigerweise in die Zukunft weist, da es dort stets um die Umgestaltung eines Gegenstandes (von öffentlichem Interesse) geht – was nur in der Zeit und mit dem Vergehen von Zeit möglich ist. Je weiter also die von der Politik gesetzten Ziele von der Gegenwart entfernt sind, desto eher sind davon Menschen betroffen, die heute Kinder oder noch gar nicht geboren sind. Dies umso mehr, wenn sich Politik in ihrem Selbstverständnis explizit als Gestaltungsaufgabe das Wohlergehen kommender Generationen zum Ziel setzt. Dafür steht der Begriff der Nachhaltigkeit, der bekanntlich auf die Propagierung einer vorausschauenden, gegen jede Art von Raubbau gerichteten Forstwirtschaft durch Hans Carl von Carlowitz zu Beginn des 18. Jahrhunderts zurückgeht und sich spätestens seit dem Bericht der Brundtland-Kommission (1987) untrennbar auch mit einer Verpflichtung gegenüber nachfolgenden Generationen verbindet. Auf eine kurze Formel gebracht, versteht sich

nachhaltiges politisches Handeln also als Unterstützung einer gesellschaftlichen Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne dabei jedoch die Möglichkeiten zukünftiger Generationen einzuschränken. Philosophisch hat Hans Jonas (1984) im Kontext seiner Umweltethik diese Zusammenhänge schon früh reflektiert: Das Wohl kommender Generationen bildet gleichsam den Fluchtpunkt seines Ansatzes, indem sich jedes Sein auch durch sein Sosein zu legitimieren hat, das heißt Leben immer auch ein bestimmtes qualitatives Mindestmaß an Lebensbedingungen zur Voraussetzung hat, um als noch lebenswert und damit gerechtfertigt gelten zu können. Hier besteht zumindest nach Jonas eine unverhandelbare Pflicht der vorangehenden Generationen, für ihre Nachkommen Vorsorge zu treffen, da ansonsten, im Falle der Nichtberücksichtigung ihres Auftrages, die Vätergeneration Schuld auf sich lädt. Diese heute kaum noch erwähnenswerte, weil selbstverständlich erscheinende theoretische Einsicht – dass sie weitgehend nicht befolgt wurde, steht auf einem anderen Blatt – musste sich, was zumeist vergessen wird, allerdings erst gegen Widerstände und Ignoranz, vor allem in der etablierten Politik, durchsetzen, implizierte sie doch in der Konsequenz ein für jene Epoche grundlegend neues politisches Denken. Welche Konsequenzen ergeben sich nun daraus für eine vermittelnde Politik zwischen den Generationen – als zwei durch einen Zeitabstand getrennt gedachte Populationen – im Zeitalter der sozial-ökologischen Transformation?

Page (2009) versteht unter einer Theorie der Generationengerechtigkeit die Lösung des Problems einer Verteilung von Vorteilen und Lasten unter Nichtzeitgenossen. Diese müsse sich vier Problemen stellen: »Das erste und grundlegendste Problem, die ›Reichweite von Gerechtigkeit‹, betrifft die Bestimmung der legitimen Adressaten von Generationengerechtigkeit. Das zweite, der ›Umfang von Gerechtigkeit‹, betrifft das Maß der Vorteile, auf das jedes Rechtssubjekt Anspruch hat. Die dritte Frage betrifft die Bestimmung einer ›Währung‹, also welche verschiedenen Konzepte bezüglich Reichweite und Umfang von Gene-

rationengerechtigkeit gelten sollen. Der vierte Punkt, die ›Last der Gerechtigkeit«, betrifft die Identifikation der Akteure, die die Verantwortung haben, Generationengerechtigkeit zu etablieren und instand zu halten.« (ebd., S. 9)

Eine grundsätzliche, aber für die Politik zugleich ganz praktische Frage ist, inwieweit die geforderte Rücksichtnahme der gegenwärtigen Generation auf die Nachfahren unvermeidlich Konflikte nach sich ziehen muss, und wenn ja, welche. Ebenso, ob die Frontstellung im Sinne eines gegensätzlichen Interesses zwischen den Generationen denn auch tatsächlich existiert oder ob die Verortung eines Konflikts entlang der Zeitachse Vergangenheit–Gegenwart–Zukunft nicht das Resultat eines artifiziellen sozialen Konstrukts ist, das dazu führt, dass altersmäßig unterschiedenen gesellschaftlichen Gruppen per definitionem ein strukturell begründeter, nämlich allein durch das Alter bedingter, dauerhafter Interessengegensatz unterstellt wird (vgl. auch Parnes et al. 2008).

Dieser Verdacht liegt zumindest nahe, wenn man bedenkt, dass es sich bei dem, was in der neueren Literatur als Generationenkonflikt geschildert wird, im Kern um eine Art in der Zeit versetzte *Ressourcenkonkurrenz* handelt. Denn ebenso wie zwei benachbarte Länder zur gleichen Zeit um Ressourcen streiten können, etwa um vorhandene Fischgründe, Öl- oder Uranvorkommen, können vorangegangene Generationen die jeweiligen Bestände leer fischen oder aufbrauchen. Nur mit dem Unterschied, dass die Nachkommen strukturell keine Chance haben, ihren Anspruch auf einen gerechten Anteil an den natürlichen Ressourcen zu artikulieren und diesen notfalls mit Waffengewalt durchzusetzen. Substanziell geht es also um die Frage, wie man Ressourcenkonkurrenz vermeiden oder gerecht moderieren kann – hier nicht zwischen den Populationen unterschiedlicher räumlicher, sondern unterschiedlicher zeitlicher Territorien.

Solche scheinbaren oder tatsächlichen Generationenkonflikte treten außer als der Streit um ökologische Knappheiten auch um die ökonomischen Lebensgrundlagen der Menschen in den hoch entwickelten Ländern auf, etwa um die Verteilung der volks-

wirtschaftlichen Erträge zwischen jüngeren Erwachsenen im erwerbsarbeitsfähigen Alter einerseits und Ruheständlern und deren Altersrente andererseits. Dabei ist Ressourcenkonkurrenz nicht notwendig ein Nullsummenspiel. Doch während die Konkurrenz um Einkommen und Wirtschaftsgüter durch wirtschaftliches Wachstum entschärft werden kann, indem der sprichwörtliche, zu verteilende Kuchen größer werden kann, lässt sich die ökologische Ressourcenkonkurrenz nur als Nullsummenspiel denken, indem weder die der Erde entnommenen Bodenschätze noch die gerodeten Regenwälder, noch die Vielfalt der Tierarten sich von selbst oder mit menschlichem Dazutun wieder vermehren: Sie sind unwiederbringlich verloren. Wobei, sofern man dem Argument einer ökologisch begründeten Null-Wachstums-Gesellschaft folgen möchte (Adler/Schachtschneider 2017), die ökonomische Ressourcenkonkurrenz durch den angestrebten Wegfall wirtschaftlichen Wachstums in Zukunft schärfer ausfallen würde.

Der Philosoph Wilhelm Dilthey hat bereits im 19. Jahrhundert auf die Problematik einer quasi naturalistischen, aus der bloßen Evidenz resultierenden Vorstellung unendlich vieler kommender Generationen nach der jetzigen und auf die Gefahr von Fehlinterpretationen, die daraus entstehen können, hingewiesen (bei Weisbrod 2005). Vielmehr handelt es sich beim Generationenmodell um ein Konstrukt, das weder für sich neutral ist noch in Bezug auf seinen Gebrauch im öffentlichen Diskurs. Weisbrod bemerkt dazu mit Blick auf die neueren Auseinandersetzungen: »In letzter Zeit erscheint die dauernde Beschwörung der Generation nicht nur im öffentlichen Diskurs, sondern auch in der Wissenschaft ... immer mehr schon als das Problem, für dessen Lösung es sich ausgibt. Es ist zu fragen, woran das liegt und was es über die jeweilige ›Generation‹ aussagt, wenn ein solches analytisches Generationenbedürfnis entsteht.« (Weisbrod 2005, S. 3) Im Klartext meint dies, dass allein die verbale Beschwörung von Generation als Distinktionsmerkmal in der Debatte um die Verteilung von Ressourcen den Konflikt zwischen den Generationen

Vor uns die Sintflut? Nach Meinung der Expert*innen haben wir nur noch wenig Zeit, um zu verhindern, dass die Welt eine andere wird als die, die wir kennen. Allen, die das ändern wollen, begegnen auf ihrem Weg in eine nachhaltige Gesellschaft zeitliche Phänomene, die entweder den Transformationsprozess blockieren – oder ihn begünstigen.

Jürgen P. Rinderspacher analysiert die zeitliche Wirkung von Katastrophen-Narrativen und die vermeintliche Langsamkeit von Demokratien ebenso wie die Zeitrelevanz von Rebound-Prozessen sowie das Verhältnis der Generationen zueinander im Verteilungskampf um knappe Ressourcen zwischen Gegenwart und Zukunft. Dabei geht es auch um die Frage nach dem Wert bürgerlicher Freiheitsrechte im Zeitalter des Klimanotstands.

Doch wo die Gefahr ist, wächst auch das Rettende: Individuum und Gesellschaft können durch ein neu justiertes Verständnis vom guten Umgang mit der Zeit dazu beizutragen, das Ruder noch herumzureißen, etwa durch »Zeitinvestitionen für die Umwelt«.

Jürgen P. Rinderspacher, Dr. rer. pol., geb. 1948 in Berlin, ist Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler. Er lehrt und forscht am Institut für Ethik und angrenzende Sozialwissenschaften an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster zum Schwerpunkt sozialwissenschaftliche Zeitforschung. Rinderspacher ist Autor und Herausgeber zahlreicher Bücher zum Thema Zeit und Gesellschaft.